

# VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN



Die Stärkung der Berliner Wirtschaftskraft, die Förderung neuer Arbeitsplätze, ein besserer Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen - das sind wichtige Ziele des Berliner Senats, die der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit jetzt in seiner Regierungserklärung vor dem Berliner Abgeordnetenhaus benannt hat.

„Wir wollen Berlin zu einer starken und menschlichen Metropole entwickeln“, so Klaus Wowereit. Wichtiges Ziel des Senats bleibe der weitere wirtschaftliche Aufschwung und damit verbunden mehr und bessere Arbeitsplätze. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll künftig der Mindestlohn von 8,50 Euro gelten. Berlin sei nicht mehr abgekoppelt von der wirtschaftlichen Entwicklung des übrigen Bundesgebietes, so Wowereit. „Wir wollen beherzt die Probleme angehen, die ein solcher Aufschwung mit sich bringt.“

Das betreffe die Verkehrsinfrastruktur oder steigende Mieten. „Dieser Senat stellt sich seiner sozialen Verantwortung für alle Menschen.“ Klaus Wowereit betonte die Bedeutung des Flughafens Willy Brandt für Berlin. „Der neue Flughafen bringt Aufwind für die ganze Region. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in der Region Berlin Brandenburg wartet und freut sich auf die Eröffnung. Er ist das größte Infrastrukturprojekt in ganz Ostdeutschland. Endlich ist Schluss mit den bisherigen Provisorien. 40.000 neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Wir werden mit 24 Millionen Fluggästen im Jahr 2012 an den Start gehen.“

FOTO: SPD BERLIN, A. KRÖLL

## „EINE PARTEI FÜR DIE KIEZE“

Im Interview: Raed Saleh zur Arbeit der SPD-Fraktion

**Im vergangenen Dezember hat die SPD-Fraktion Sie zum neuen Vorsitzenden gewählt. Welche Arbeitsschwerpunkte setzen Sie?**

Die Fraktion hat sich das Thema Wirtschaft als ersten Schwerpunkt gegeben. Wir haben starke Branchen in Berlin, den Tourismus, die effizienten Energien, Kreativindustrie und den Gesundheitssektor. Es wird darum gehen, diese starken Branchen weiter auszubauen. Mit der Nachnutzung von Tegel und Tempelhof bieten sich da viele Chancen. Als SPD-Fraktion liegt unser Schwerpunkt natürlich immer beim sozialen Zusammenhalt. Das ist eine Daueraufgabe. Wir werden zusammen mit dem Senat daran arbeiten, dass neue Wohnungen gebaut werden und sich der Wohnungsmarkt entspannt.

Ein ganz großes Thema wird auch die öffentliche Daseinsvorsorge sein. Zur Zeit wird über die S-Bahn, über Strom- und Gasnetze, über Wasser und landeseigene Wohnungen beraten. Alles wird aber finanziell nicht möglich sein. Wir wollen bei der Rekommunalisierung Prioritäten setzen und werden deshalb sehr genau prüfen, was machbar ist und was nicht. **Die Beratungen zum Landeshalt laufen. Die Ausgaben dürfen kaum wachsen, die Schulden sind weiter hoch. Gibt es ausreichende Mittel für Bildung und die Soziale Stadt?**

Die SPD hat immer gesagt, dass wir nicht an der Bildung sparen wollen. Wir haben die Kita-Gebühren abgeschafft und Studiengebühren verhindert. Jetzt werden wir die Finanzierung der Schulen stabil halten. Die Schülerzahlen sinken gleichzeitig. Dadurch wird sich die Ausstattung an manchen Stellen verbessern. Die Koalition hat sich auch auf eine Fortführung der sozialen Stadt verständigt. Aber man muss bei dem Programm auch schauen, wie man die Mittel besser einsetzen kann, so dass sie noch mehr wirken.

**Können die Bezirke mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung rechnen?**

SPD- und CDU-Fraktion haben das noch

im alten Jahr entschieden. Die Bezirke erhalten für 2012 und 2013 je 50 Millionen mehr bei den Sachausgaben. Das wird helfen. Das ist mir besonders wichtig, weil die Bür-



Raed Saleh ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

gerinnen und Bürger die Arbeit der Bezirke ganz direkt spüren - sei es beim Nachbarschaftszentrum, bei der Musikschule oder im Bürgeramt.

**In der Debatte zur Regierungserklärung von Klaus Wowereit Mitte Januar haben Sie der Opposition eine Zusammenarbeit angeboten. Wie könnte die aussehen?**

Zum Beispiel sollten sich alle gemeinsam dafür einsetzen, dass die Bundesregierung endlich vollständig nach Berlin umzieht. Bei gleichen Löhnen in Ost und West sollten wir auch Vorreiter sein. Übrigens sollte auch Konsens sein, dass die Verschuldung Berlins zurückgehen sollte. Ich wünsche mir als Spielregel, dass man bei politischen Forderungen immer auch sagt, was es kostet und wo das Geld herkommen soll. Wer den Bürgern etwas verspricht, muss immer auch ein Preisschild dran kleben.

**Transparenz und Bürgerbeteiligung sind aktuelle Stichworte. Was tut die SPD-Fraktion dafür?**

Transparenz ist schön und gut, aber man muss nicht jeden Tag twittern, was es zum Mittagessen gab. Die Leute wollen ernsthafte Politik. Das kann auch mal heißen, dass man zuerst unter vier Augen spricht und dann das Ergebnis veröffentlicht. Schon heute können die Bürger Akteneinsicht nehmen und an fast allen Ausschusssitzungen im Abgeordnetenhaus teilnehmen.

Bürgerbeteiligung wird in den nächsten Jahren eine ganz große Rolle spielen. Einerseits haben wir die großen Verkehrsprojekte Verlängerung der A 100 und der Tangentialen Verbindung Ost. Da muss der Dialog

mit den Bürgern so offen und breit geführt werden, dass am Ende nicht alles im Protest untergeht.

Andererseits erwarten die Bürgerinnen und Bürger insgesamt mehr Mitsprache. Die SPD-Fraktion wird mit Volksinitiativen und Volksbegehren respektvoll und lernfähig umgehen. Wir werden den Volksentscheid zum Wasser im Sonderausschuss umsetzen.

**In welcher Form werden Sie als Fraktionsvorsitzender das direkte Gespräch mit den Berlinerinnen und Berlinern suchen?**

Ich möchte alle Berliner Wahlkreise besuchen und mir auch die Hinterhöfe ansehen. Mit Bürgersprechstunden und vielen Kiezpolitikern werden wir vor Ort ansprechbar und engagiert sein. Wir müssen schauen: Wie wirkt unsere Politik vor Ort? Welche Probleme haben die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret in den Stadtteilen? Daraus möchte ich dann auch Arbeitsaufträge für unsere Fraktion ableiten. Mein Wunsch ist, dass die SPD eine Partei für die Kieze ist!

■ Fragen: U. Horb

## TERMINE

**Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf.** „Ein solidarisches Europa gegen die Finanzkrise. Warum wir ein politisches und solidarisches Europa im Kampf gegen die Finanzkrise brauchen“. Donnerstag, 9. Februar 2012, 19 Uhr im BVV-Saal des Rathauses Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin. Um Anmeldung wird bis 6. Februar gebeten bei: [isabel.herrmann@spd.de](mailto:isabel.herrmann@spd.de) | Tel. 030/86 31 38 75, [www.spd-citywest.de](http://www.spd-citywest.de)

**Ball der SPD Friedenau.** „Alles Walzer, Genossen!“ heißt das Motto des traditionellen Balls der SPD Friedenau. Er findet diesmal am 17. März 2012 statt, wieder im Schlesiensaal des Rathauses Friedenau. Einlass: 19 Uhr, Beginn: 20 Uhr. Karten können ab sofort zum Preis von 28 Euro vorbestellt werden per Mail bei Rekha Ober ([rekha.ober@gmx.net](mailto:rekha.ober@gmx.net)) oder telefonisch im Kreisbüro unter 7812283.

**Die OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) bietet ab 11. Februar einen dreiwöchigen Onlinekurs (inkl. zwei Präsenzphasen in Berlin) zum Thema "Kommunalpolitik und Sport". Teilnahmegebühr: 80 Euro (reduz. 40 Euro). Anmeldung: Tel. 0228 / 883 7112 oder online [www.fes-kommcheckers.de](http://www.fes-kommcheckers.de). Alle Infos auf einen Blick: <http://is.gd/1VOBqG>**

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesverband  
Berlin  
**Redaktion:**  
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)  
**Anschrift:**  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin  
Tel.: 030-4692150  
Fax: 030-4692240  
Mail: [vorwaerts@spd-berlin.de](mailto:vorwaerts@spd-berlin.de)

# „DREI ZENTRALE BEREICHE“

## Im Interview: Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres

**Ihr Ressort reicht von frühkindlicher Bildung bis zur Hochschule, auch die Zuständigkeit für die Charité liegt bei Ihnen. Gibt es einen Bereich, der Ihr besonderes Augenmerk hat, oder verbietet sich das von selbst?**

Das verbietet sich tatsächlich von selbst. Aber ich bin auch inhaltlich der Meinung, dass alle drei Bereiche für Berlin zu den zentralen gehören, von denen das Wohl und Wehe der Stadt abhängt. Deshalb bin ich froh darüber, dass dieses Ressort in der Hand der SPD geblieben ist.

**An den Berliner Schulen hat es in den vergangenen Jahren eine Reihe von Strukturveränderungen gegeben, um eine bessere Förderung aller Kinder zu erreichen. Welche Angebote kann die Bildungsverwaltung machen, um diesen Reformprozess weiter zu unterstützen?**

An dieser Stelle will ich einmal auf den Begriff „Berliner Schulfrieden“ eingehen. Mit dem Begriff soll ja verdeutlicht werden, dass die Schulen jetzt nach den großen und notwendigen Reformen der letzten Jahre Ruhe brauchen, um diese umzusetzen bzw. wirken zu lassen. Also keine neuen, großen Strukturreformen in dieser Legislaturperiode.

Es wäre aber fatal, wenn wir das so auslegen würden, als müsse nun nichts mehr im Schulbereich gemacht werden. Wir müssen die Lehrerbildung verbessern und auch dafür sorgen, dass der Lehrerberuf attraktiv bleibt. Außerdem weiter auf Ganztagschulen setzen und für eine ausreichende personelle Ausstattung der Schulen sorgen.

Natürlich wird in der nächsten Zeit auch weiter die Umsetzung der Sekundarschule in der Praxis im Fokus stehen. Für die Gemeinschaftsschulen haben wir in der Koalitionsvereinbarung deutlich festgelegt, dass sie Bestand haben.

**Wie steht es um die personelle Ausstattung der Schulen?**

Wir können jetzt im Februar 350 neue Lehrerinnen und Lehrer unbefristet einstellen. Darauf haben wir uns trotz der vorläufigen Haushaltswirtschaft einigen können. Mir war das vor allem auch deshalb wichtig, weil wir damit 400 Referendarinnen und Referendaren, die gerade in Berlin fertig geworden sind, ein Angebot machen konnten in der Stadt sofort eine Anstellung zu bekommen. Auch das Personalkostenbudget mit dem die einzelnen Schulen Vertretungslehrer schnell einstellen können, bleibt. Damit ist das Jahr sehr gut gestartet.



Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, wurde am 15. Februar 1970 in Düsseldorf geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die Diplom-Pädagogin war lange Jahre ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig, sie hat als Erzieherin gearbeitet und war zuletzt Wissenschaftliche Referentin bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ). Seit 2006 gehörte sie dem Abgeordnetenhaus an, im Fraktionsvorstand war sie Sprecherin für Jugend und Familie.

**In den vergangenen Jahren haben Sie sich intensiv für die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt. Gibt es aus dieser Zeit noch Forderungen, die Sie mit in Ihr neues Amt genommen haben?**

Ja, die habe ich, auch wenn Berlin in den letzten Jahren viel in dem Bereich gemacht hat. Dazu zählt die flexible Kinderbetreuung oder das Schließen der Hortlücke in der 5. und 6. Klasse. Und natürlich der Kitausbau insgesamt. Das wird auch ein ganz zentrales Leitprojekt für mich sein. Ich will ein bedarfsgerechtes Angebot. Das setzt die Schaffung von Kitaplätzen voraus. Dafür müssen wir investieren und für neue Erzieherinnen und Erzieher sorgen. Das ist ein großes Projekt. Noch etwas wird kommen: Ab 2013 wird der Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz in der Kita, das sind 7 Stunden täglich, auch auf das 3. Jahr vor der Einschulung ausgeweitet.

**Zwei Abiturjahrgänge werden jetzt gleichzeitig an die Hochschulen drängen. Sind Berlins Universitäten dafür gerüstet? Und wann wird es ein bundesweit einheitliches Zulassungsvorgehen geben?**

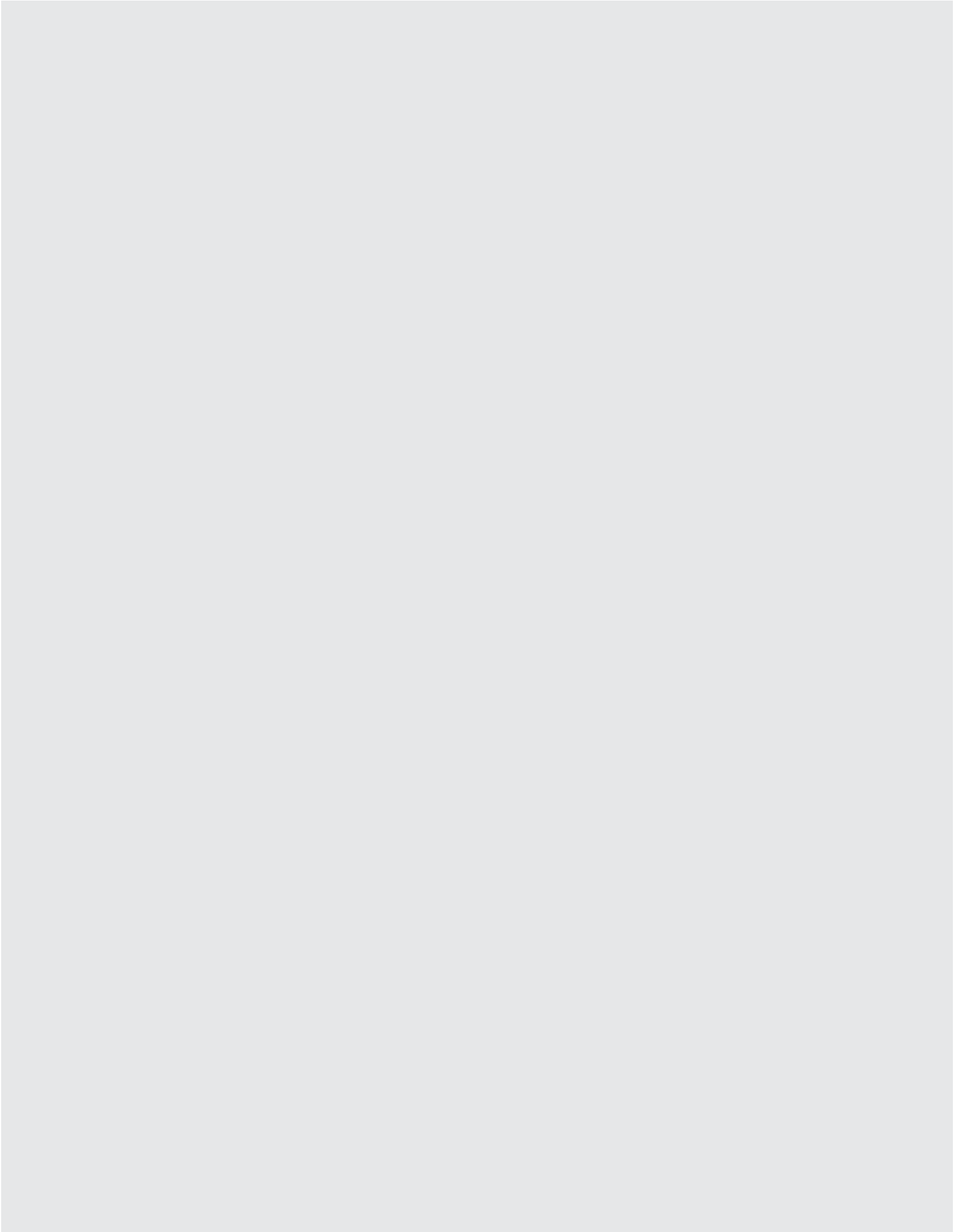
Berlin hat die Anzahl der Studienanfänger pro Jahr von 20.000 im Jahr 2005 schrittweise auf ca. 32.000 im Jahr 2012 – und das ohne Studiengebühren. Das ist beispiellos in Deutschland. Wir sind also gut gerüstet für mehr Abgänger, wobei ja auch dieses Jahr nicht jeder Abiturient

an die Hochschulen gehen will. Das bundesweit einheitliche Zulassungssystem ist technisch noch nicht so ausgereift, wie wir das wollen. Zum Wintersemester soll es aber einen Pilotbetrieb mit möglichst vielen Bundesländern geben. Es ist aber nicht damit zu rechnen, dass ein Chaos ausbricht, wenn das System noch nicht bundesweit funktioniert. Es muss dann leider noch so gehen wie bisher, was ich bedaure.

**Kürzlich hat eine neue EU-Vorschrift bei Tagesmüttern für Unruhe gesorgt. Sie sind in diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert worden, es sollten für „Tagesmütter Hygienevorschriften gelten, die sie auch umsetzen können, und nicht solche, die eine Großküche einhalten muss“. Wie wichtig ist Ihnen der „gesunde Menschenverstand“ in der Politik?**

Der Vorgang um die Hygienevorschriften ist wirklich ein doller Vorgang. Da gibt es eine Entscheidung der EU-Kommission, die vom zuständigen Bundesministerium so verschärft wird, dass die EU-Kommission sich die Augen reibt und nun wiederum versucht, das Bundesministerium zum Einlenken zu bringen. Und am Ende der Kette stehen jetzt die verunsicherten Tagesmütter, die wir aber dringend für die Kinderbetreuung brauchen. Wir wollen sogar mehr gewinnen. Das ärgert mich sehr und da ist dann wirklich der Ratschlag: Vor der Entscheidung einmal den Nachbarn fragen.

■ Fragen: U. Horb



## VORWÄRTS PERSÖNLICH

**Jürgen Zöllner**, von 2006 bis 2011 Berliner Bildungsminister und zuvor Bildungsminister in Rheinland-Pfalz, ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Er habe es verstanden, Kompromisse zu schließen ohne seine eigenen Überzeugungen aus den Augen zu verlieren, so Bundesbildungsministerin Schavan bei der Verleihung. Zöllner sei stets der Überzeugung gewesen, "dass Veränderung möglich ist". „Sein Beitrag für die wissenschaftspolitischen Entwicklungen in Deutschland hat ihm nicht nur bundesweit großes Ansehen eingebracht, sondern seine Erfolge werden auch dauerhaft Bestand haben“, würdigte ihn Bildungsministerin Sandra Scheeres.

**Michael Karnetzki**, bisher Fraktionsvorsitzender in der BVV Steglitz-Zehlendorf, ist als Nachfolger von Barbara Loth zum Stadtrat und stellvertretenden Bürgermeister des Bezirks gewählt worden. Barbara Loth wechselte im Dezember als Staatssekretärin in die Senatsverwaltung für Arbeit und Integration.

**Ephraim Gothe**, von 2006 bis 2011 Bezirksstadtrat im Bezirksamt Mitte, ist zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ernannt worden. Gothe war von 1994 bis 2006 in der Senatsverwaltung Bau- und Wohnungswesen tätig.

**Daniela Augenstein**, ehemalige Pressesprecherin der Berliner SPD, leitet seit Anfang Januar die Pressestelle der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

**Thorsten Metter**, bisher Pressesprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, ist neuer Sprecher der Senatsverwaltung für Bildung.

**Claudia Stäuble**, bislang Mitarbeiterin in der Pressestelle der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, ist als Nachfolgerin von Thorsten Metter mit der Leitung der Pressearbeit betraut worden.



Ausstellungseröffnung zur Geschichte der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften mit Senator Michael Müller, Wolfgang Lössl (Genossenschaft Reinickes Hof), Ingo Siebert (August Bebel Institut) und Barbara von Neumann-Cosel (Genossenschaftsforum e.V.).

## UNTER GENOSSEN

### Ausstellung des August Bebel Instituts

In Berlin haben die Baugenossenschaften eine lange Tradition. Für ihre Mieter, so Stadtentwicklungsminister Michael Müller bei der Eröffnung einer Ausstellung des August-Bebel-Instituts, bedeuten sie vor allem ein Stück Sicherheit.

Mit ihren 185.000 Wohnungen, die Mitgliedern günstig angeboten werden, tragen die 90 Berliner Wohnungsbaugenossenschaften mit zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung in Berlin bei. Michael Müller würdigte zudem das gesell-

schaftliche Engagement der Genossenschaften und ihre Mitwirkungsangebote. Die Ausstellung, die das August-Bebel-Institut in Kooperation mit dem Genossenschaftsforum zeigt, macht die Ursprünge der Genossenschaftsbewegung und die aktuellen Aufgaben deutlich. Mit einer Diskussion über genossenschaftliches Handeln am Beispiel der Stromwirtschaft (Sonntag, 4. Februar, 16–18 Uhr) wird die Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus beendet. ■ uh

## GEHEN SIE MIT DER ZEIT...



„Gehen Sie mit der Zeit“, heißt die Empfehlung der Berliner SPD. Eine Uhr mit diesem Hinweis steht seit neuestem auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße, gegenüber dem Kurt-Schumacher-Haus. Mitarbeiter der Abteilung „Hinweismedien“ einer Werbefirma haben sie dort montiert. Die Anlage mit dem rotierenden SPD-Emblem ist vom Landesverband gemietet worden. ■ vwb

## VIELE PROJEKTE IN ARBEIT

### Daniel Choinovski ist neuer Juso-Landessekretär

Es gibt viel zu tun bei den Berliner Jusos. Als neuer Landessekretär der Jusos hat Daniel Choinovski derzeit gleich mehrere Großprojekte zu organisieren.

So unterstützen die Jusos erneut das Bündnis „Dresden nazifrei“ und nehmen Mitte Februar an den Protestaktionen gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch teil. Vom 24. bis 26. Februar findet in der DGB-Jugendbildungsstätte in Flecken-Zechlin die Verbandswerkstatt der Jusos mit Workshops zu verschiedenen Themen, ArbeiterInnenliederabend, Juso-Party und Diskussion mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Sascha Vogt zum Thema „Die Jusos auf dem Weg zur Bundestagswahl 2013“ statt. Und vom 30. März bis 06. April bieten die Jusos eine Gedenkstättenfahrt nach Krakau an,



Daniel Choinovski ist seit Januar Landessekretär der Berliner Jusos.

bei der noch einige Plätze frei sind. Daniel Choinovski (23) hat in Göttingen Politik, Volkswirtschaft und Jura studiert und sich dort bei den Juso-Hochschulgruppen engagiert. Neben der Halbtags-tätigkeit für die Jusos macht er an der Fern-Uni Hagen seinen Master. ■ uh

## IM TANDEM ZUR GLEICHSTELLUNG

Eine neue Form der Nachwuchsförderung will die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf erproben: Das „Cross-Gender-Mentoring“. Roter Faden dieses einjährigen Programms wird der gemeinsame Einsatz von Männern und Frauen zur Umsetzung der Geschlechterdemokratie sein. In Charlottenburg-Wilmersdorf werden daher in diesem Jahr die Tandems im Mentoring geschlechterparitätisch zusammengesetzt, auch männliche Nachwuchstalente setzen sich auf diese Weise mit einem der Grundziele der SPD intensiver auseinander. ■ Carolina Böhm



Mehrmals war ein Deutsch-Asiatischer Imbiss in Friedenau Ziel rechtsradikaler Sprühparolen. Mitte Januar haben die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert und die Friedenauer SPD gemeinsam mit rund 50 Bürgerinnen und Bürgern die Parolen übermalt, um so ihre Solidarität zu demonstrieren.



Ehrenurkunde: Oliver Schworck überreichte Jürgen Wagner die Anerkennung für 50 Jahre Mitgliedschaft.

## EHRUNG FÜR JÜRGEN WAGNER

Eine Ehrenurkunde für 50 Jahre Mitgliedschaft hat Oliver Schworck jetzt dem früheren Tempelhofer SPD-Abgeordneten Jürgen Wagner überreicht. Wagner, der jetzt einen Teil des Jahres auf Mallorca lebt, hat lange Jahre die Kommunalpolitik in Tempelhof mitgestaltet, ehe er 1985 erstmals ins Abgeordnetenhaus einzog. Aus seiner Zeit als Kreisgeschäftsführer und Wahlkampfleiter seiner Abteilung stammt eine Sammlung von SPD-Wahlplakaten, die er jetzt der „BERLINER STIMME“ überlassen hat. Sie werden digitalisiert und nach und nach ins Internet gestellt. ■ vwb